

dah ihre Lage durchaus gut bürgerlich ist. Um Oktober 1921 stand Werner Tschow vor dem ersten Examen, wurde aber, da er das Notogramm zu früh gemacht hatte, auf ministerielle Verhöhung nicht zugelassen. Das wirkte deprimierend auf ihn. Politisch war er ein unbedecktes Blatt. Als ich ihm einmal auseinandersetzte, daß Rathenau ein außerordentlicher Mann sei, gab er sich aufgetrieben. Von der Mordeit war ich sehr erschüttert. Einige Tage nach der Mordeit kam ich auf mein Gut zurück und fand Werner Tschow vor. Am nächsten Morgen kam die Zeitung, in der die Brüder Tschow genannt waren. Ich nahm meinen Revolver in der Absicht, ihn Werner Tschow zu geben, damit er sich erschieße. Der Junge wurde freidecklich und sagte: "Danke! Du fannst mir glauben, ich bin kein Mörder, ich habe nur den Wagen gefahren". Bei sich hatte Werner nur eine Brillekette und ein Notizbuch. Darin befanden sich unter anderem Lichtbilder und eine Hotelrechnung aus Halle auf seinem eigenen Namen von der Nacht nach dem Morde. Ich fragte ihn: "Hast du kein Geld bekommen? oder falsche Wäsche?" Er antwortete: "Nein, sie haben mich einfach stehen lassen und ich habe ganz allein." Daraus gewinnt ich den Eindruck, daß er ausschließlich von der Absicht, Rathenau zu ermorden, gewußt hat, aber nicht glaubte, daß die Tat schon am Morgen begangen werden sollte. Nach schweren Rätseln kam ich zu dem Entschluß, daß es für Werner am besten sei, ihn der Kriminalpolizei zu übergeben. Auf eine Anfrage des Oberreichsanwalts erklärte der Junge nochmals, daß Werner von der Mordeit wußte. Er habe erzählt, daß am Abend vorher Kern ihn sah, sein Chauffeur habe ihn im Stiche gelassen, er müsse den Wagen fahren, um Rathenau zu ermorden. Über Hans Gerd besprach, sagte der Junge aus, er habe die Überzeugung gehabt, daß das Gift, welches Günther eingefloßt habe, sehr hohe Folgen gebracht habe. Auf weiteren Fragen erklärte der Junge, daß nach seiner Überzeugung Werner nie der Gedanke gekommen ist, daß Rathenau ein Schädling sei. In seinem Hause habe er nur Gutes über Rathenau gehört. Außerdem sei er politisch unrecht. Ich bin der festen Überzeugung, daß er ganz unter dem Einfluß Kerns gestanden hat, der für ihn Vorgesetzter war. - Verteidiger Hollmich: "Anwieser dachte ich der ungemeine Einfluß Günthers, der doch gar nicht so oft bei Tschows verkehrt hat?" - Junge: "Ich weiß das aus den einzelnen Neuheiten und Erfindungen Werners, der mir oft klugte, unter wie schlechten Einflüssen sein Bruder Gerd stände." Der Zeuge Behrens wird vereidigt.

Hierauf wird die Vernehmung der Angeklagten fortgesetzt. Angeklagter Gustav Steinke war Mitglied des Deutschen Nationalen Jugendbundes, des Deutsch-Völkischen Schuh- und Truskombinates und anderer nationaler Verbände, gehörte aber nicht der Organisation C an. Am Sonntag, den 18. Juni, kam Brandt, um mit ihm zu verhandeln. Ich interessierte mich, verstand aber nichts. Von Rathenau war nicht die Rede. Brandt übernachtete bei mir und ich plauderte, er möge abfahren. Am Dienstag kam er aber mit Tschow zurück. Beide übernachteten bei mir. Ich fragte: "Was ist denn los? Weshalb seid Ihr wieder hier?" Brandt erwiderte, ich solle nicht fragen, er könne doch keine Auskunft geben. Weiterhin erklärte ich der Angeklagten bereit, seine früheren Aussagen über die Autobefragung zu berichtigten, weitere Aussagen zu machen und unter Beweis zu stellen.

Verteidiger Bürgener stellt den Antrag, für diese Verhandlungen im Interesse des Staatswohles die Offenheitlichkeit auszuschließen und werkt in nichtöffentlicher Sitzung zu beschließen, ob ein Grund hierfür vorliegt. Der Antrag auf Auflösung der Offenheitlichkeit wird angenommen.

Nach Wiederherstellung der Offenheitlichkeit verfündet der Vorsitzende gegen 11½ Uhr, daß der Gerichtshof sich nicht davon habe überzeugen können, daß die Sicherheit des Deutschen Reiches durch die Aussagen des Angeklagten gefährdet werden könnten. Dem Antrag auf Ausschluß der Offenheitlichkeit wird nicht stattgegeben. Die Vernehmung Steinbecks wird fortgesetzt. Er sagt aus, daß er sich um Waffenschmieden handele, die über Dresden gehen sollten. Auf Beifragen des Vorsitzenden erklärt der Angeklagte weiter zu seinen früheren Aussagen, daß es sich um Gefangenenträger gehandelt habe, er habe vermeiden wollen, daß die Angelegenheit zur Kenntnis der Entente gelange. Die Autobefragung habe mit der Angelegenheit Rathenau nicht das geringste zu tun gehabt.

Es schließt sich die Vernehmung der Garagenbesitzer Schütt und Diestel an. Der Angeklagte wurde durch Böh und Günther mit Kern, Fischer und Tschow bekannt. Wie lange das Auto bei ihm bleiben sollte, sei ihm nicht gelöst worden. Die Herren hätten auf seine Einladung bei ihm übernachtet. Von Rathenau habe er nichts gehört. Er habe eine Flucht von Kriegsverbrechern angenommen. Das Verhalten Kerns sei so gewesen, daß man Furcht vor ihm haben konnte. Der Wagen wurde am nächsten Vormittag allein von Tschow fortgefahrener; gegen elf Uhr kam Tschow allein zurück. Als der Angeklagte ins Büro kam, war Günther dort. Er - Schütt - hätte in der Annahme, daß die Flucht der Kriegsverbrecher erfolgt sei, gefragt, ob sie gut wegkommen seien. Günther antwortete nur: "Ja - ja!" Der Angeklagte Werner Tschow habe gesagt: "Sie haben Rathenau erschossen!" Tschow habe gesagt, es sei ihm selbst überraschend gekommen. Die Sache hätte gemacht werden müssen, weil den Rechtsparteien das Geld ausging. Er habe Tschow Vorwürfe gemacht. Als am Montag nachmittag der junge Tschow von Schütt 5000 Mark für seinen Bruder haben wollte, habe er das strittig abgelehnt und ihm Vorwürfe gemacht. Beifischer Schreinbach: Daraus, daß Tschow dem Angeklagten Schütt ohne weiteres die Mordeit mitteilte und Kern und Fischer so verraten hat, zieht ich den Schluss, daß er ihn als Eingeweihten betrachtete. Auffällig ist, daß Schütt gleich wildfremde Menschen, von denen er nur Günther kannte, einlud. Tschow erklärte dazu, er habe Schütt gegenüber die Neuerungen nur in der Erregung getan. Der Verteidiger Dr. Alberg fragt: "Wieso ist das der Grund der, daß Sie sich sagten, Sie müßten Schütt einweihen, weil das Auto bei ihm stand?" Tschow erklärt: "Ich habe Schütt eigentlich nicht einweihen wollen." Nach kurzer weiterer Verhandlung tritt die Mittagspause ein.

Nach der Pause wird zunächst der Kriminalkommissar Böh vernommen, der den Auftrag hatte, Tschow bei Behrens abzuholen. Behrens redete auf Tschow sehr eindringlich ein. Er sagte: "Junge, lage uns doch die Wahrheit!" Tschow antwortete: "Veder seine Freunde können er nichts sagen, er habe lediglich das Auto gesteuert". Junge Behrens bedankt sich für die Darstellung und wird entlassen.

Hieran schließt sich die Vernehmung des Angeklagten Diestel, des Kompanions des Schütt. Er kennt die Ereignisse erst von Freitag ab. Den ganzen Nachmittag übertrat Schütt mit mir, ob wir die Sache ansehen sollten. Wie kamen zu dem Entschluß, es nicht zu tun, da wie Besorgnis hatten, daß man Rache an uns nehmne würde.

Hierauf wird der Angeklagte Kaufmann Böh vernommen. Günther fragte auf mein Büro in meiner Gegenwart einen Geschäftsfreund, ob er für Bekannte von außerhalb eine Garage beschaffen könnte. Ich war ein, daß ich von Schütt wüßte, und durch Vermittlung meines Geschäftsfreundes Wolf traten wie mit Schütt in Verbindung, anfangs telefonisch. Günther zog mich in ein politisches Gespräch und fragte, ob ich Rathenau für einen Schädling halte. Er erzählte von dem Staubenbachischen Plan, ohne den Namen zu nennen. Diesen Plan habe er selbst unterschrieben, er sei aber ins Wasser gefallen, weil die Gelbunterstützung ausblieb. Günther sagte, aufgeschoben sei nicht aufgehoben, verneinte dann aber wieder die Frage, ob etwas anderes im Gang sei. Er widersprach sich dauernd. Jedenfalls hatte ich Verdacht ergriffen, daß gegen Rathenau etwas im Gang sei. Dies lag, da ich Kern für Milliner hielte, auch nicht allzufern. Nachdem Gräberger beleidigt war, war es nur logisch, auch weitere Minister zu ermorden. Ich lehne mich also - es war am Donnerstag abend gegen 11 Uhr - in ein Hotel am Postdamer Platz und schrieb einen Brief an Rathenau, in dem ich ihn warnte. Ich sei mit einigen Personen zusammen gewesen, die drohende Neuerungen gegen ihn getan hätten. Unfehlbar standen ihnen auch ein Auto zur Verfügung. Der Brief ist leider nicht aufgefunden worden. Ich nahm an, daß Rathenau, dem ich persönlich zu Dank verpflichtet war, nun von Detektiven überwacht werden würde. Vorsichtshalber: Sie hatten also von vornherein den bestimmten Verdacht, daß die Sache mit Rathenau zusammenhangt? Angeklagter: Danach alle Umstände hatten mich stark gemacht.

Da dem Angeklagten infolge des Genusses eines Getränks schlecht geworden ist, wird die Verhandlung auf 10 Minuten unterbrochen. Hierauf äußert sich Böh über seine Verpflichtungen gegenüber Rathenau. Er wollte im Frühjahr mit Kemal Pascha nach Ankara, wurde aber auf Vermittlung der englischen Regierung festgenommen. Rathenau verwendete sich für ihn, sodass die Angelegenheit in Monatsfrist erlebt war. Der Angeklagte führt fort: Als ich in der Zeitung von dem Attentat las, kam mir der Zusammenhang, meine Bedenken würden aber wieder zerstört, da in dem amtlichen Bericht von einem Spiegelwagen die Rede war, während der tragische Wagen ein Mercedes war. Am Abend habe ich trotzdem einen Brief an das Polizeipräsidium gerichtet, der erst nicht aufgefunden werden konnte, jetzt aber zur Stelle ist. Der Angeklagte verliest den Brief, in dem die Angelegenheit ausführlich dargestellt ist. Auf die Frage des Beifigers erklärte der Angeklagte: Ich habe Günther nicht ernst genommen. Trotzdem habe ich aus dem Gefühl der Dankbarkeit heraus den Brief an Rathenau geschrieben.

Kurz vor 1½ Uhr wird in die Vernehmung des Angeklagten Tillesen eingetreten. Er hat sich sehr viel mit Politik beschäftigt. Neben anderen nationalen Vereinen gehörte er auch dem Neudeutschen Bund an, der die nationalen Vereine zusammenführen sollte. Hier wandte sich der Arbeiter Theodor Brüdgam, der sich in völkischem Sinne betätigt hatte und deswegen von den Kommunisten verfolgt wurde und befürchtete, totgeschlagen zu werden, an Tillesen um Hilfe. Tillesen sagt hierüber aus: Brüdgam lag am ganzen Körper. Ich batte den Eindruck, als ob Brüdgam aus Angst loslaufen verkrümmt geworden sei. Brüdgam fuhr dann nach München. Hoffmann schrieb aber, daß die Organisation ihn nicht anstellen könne. Er behauptete, wichtige Sowjetakten zu haben, die seine Frau überlegen würden. Nach einiger Zeit erklärte Brüdgam, er sei durch Vermittlung eines Redakteurs der "Frankfurter Volksstimme" in der "Münchner Post" angefeuert worden. Hier wird die Verhandlung wegen Unwohlsein Günthers abgebrochen und auf Sonnabend 9 Uhr vertagt. Schluß gegen 8 Uhr.

Soeben erschienen:

Straßenbahn- Eisenbahn- Dampfschiff- Fahrpläne

(gültig ab 8. Oktober 1922
für das Winterhalbjahr 1922/23) in dem beliebten Taschenformat. - Preis für das Stück 3 Mark.

Kostenfrei erhält jeder Oktober-Besucher des "Riesaer Tageblattes" 1 Stück des Taschenfahrtplanes bei Abholung in der Tagesschau-Geschäftsstelle, Goethestr. 59, gegen Vorlegung der Oktober-Besuchsberechtigung aus dankbarer Anerkennung für die uns bewiesene Treue und Unterstützung durch den Fortzug des Riesaer Tageblattes im Oktober 1922. Wenn Auslieferung des Taschenfahrtplanes durch die Post gewünscht, sind R. 1.50 Gebühr im voraus an uns einzuzahlen. Neubestellungen auf das Riesaer Tageblatt für Oktober werden noch jederzeit angenommen.

Berlog des Riesaer Tageblattes
Riesa, Goethestr. 59.

Achtung!
Raule täglich

Rauter, Messing, Blei,
Zin, Eisen, Lümpen,
Papier, Zeitungen, Kork
Knochen, Häuser und
alle Arten Säcke.

Einkauf
b. Ober-Armeeamt, Görlitz 1
u. Neustadt, Hauptstr. 28.
Groß-Wohnhöfe selbst ab.
Gernau 612.

A. Mann, Riesa.

Bindel! Mitesser!
Rostenlos gebe ich jedem
gerne Auskunft über ein
einfaches, oft wunderbares
Mittel. Frau M. Wolontz
Rosenstraße 106, Görlitz 100.

Nutze dein Herdfeuer!

Bohnensuppe, dies Gericht

Jedermann zu Herzen spricht
Eine Nebensächlichkeit
Ist dabei die Jahreszeit. —
Von Bedeutung ist dagegen:
Laß Persil*) die Wäsche pflegen.

*) Persil, das selbsttätige Waschmittel reinigt, bleicht
und desinfiziert die Wäsche in einmaligem kurzen
Kochen und bringt durch Mitbenutzung des täglichen
Herdfeuers für die Wäsche größte Kohlenersparnis. 9



Tagesgeschichte.

Deutsche Reich.

Die Ausweitung des Siemens & Halske belässt. Neue Verhandlungen zwischen den Organisationen zur Beliegung der Ausweitung im Wernerwerk der Aktiengesellschaft Siemens & Halske in Berlin führten vorgestern zu einer Vereinbarung, in der die Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes die Fortsetzung vom 2. ds. Wiss. Mitgliedern und das von der Direktion unter Drang und Drohung erprechte Schriftstück als nichtig anerkennen. Die Arbeitnehmer werden in den Betrieben zu den alten wirtschaftlichen Bedingungen eingestellt mit Ausnahme derjenigen, welche an den Zuständen vom 2. ds. Wiss. teilgenommen haben. Die Festigung der Betriebe erfolgt am Montag.

Der neue französische Botschafter. Der französische Botschafter in Berlin, Laurent, hat dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß er von seinem Vokalen abberufen werde und daß als sein Nachfolger Herr Jaquin de Margerie in Aussicht genommen sei.

Der bulgarische Ministerpräsident Stanislawski ist, von den Deutschen Volkverbünden kommend, am Freitag in Leipzig eingetroffen. In seiner Begleitung befindet sich der bulgarische Gesandte in Peking, Dr. Duparros, seine Sekretäre und einige Beamte. Stanislawski wird zwei Tage in Leipzig bleiben. Er besuchte die bulgarische Kolonie in Leipzig. Stanislawski verbindet mit seinem Aufenthalt in Deutschland keine offizielle Mission.

Der schwedische Ministerpräsident Branting ist von Paris kommend gestern in Berlin eingetroffen. Herr Branting wird heute dem Reichspräsidenten einen Besuch abstatzen.

Regimentsstern in Preußen wieder gestattet. Der preußische Minister des Innern hat Regimentssternen auch in bedeckten Räumen wieder gestattet. Waffen darf nur die Gewehrsktion mit sich führen. Aufreizende Abzeichen sind verboten.

Der Stadt Berlin sind aus Staatssmitteln 5705000 Mark überwiesen worden, die den sich in großer Notlage befindlichen Kleinrentnern, Sozialrentnern, aus öffentlichen Mitteln Unterstützten und ähnlich gestellten Kreisen zugute kommen sollen.

Die Vereinigung der leitenden Angestellten legte gegen die vom Reichsausschuß für soziale Angelegenheiten beschlossene Ausdehnung der Angestelltenversicherungspflicht auf alle Angestellten ohne Einsicht auf die Höhe ihres Jahreseinkommens bei der Regierung und den maßgebenden Ämtern und Behörden protest ein. Die Vereinigung fordert die Beibehaltung der Versicherungsgrenze in der Angestelltenversicherung.

Schließung sämtlicher Gastbetriebe in Frankfurt a. M. Der Arbeitsausschuss des Frankfurter Gastgewerbevereins beschloß, mit dem 15. Oktober das gesamte in Frankfurt beschäftigte Personal in den Gastbetrieben aller Art zu entlädt und mit dem 30. Oktober die Betriebe zu schließen. Die Schließung soll solange dauern, bis die Stadtverwaltung dem Gastgewerbe Garantien gegeben habe, von der Einführung der Nachhofer- und Schlemmersteuer abzusehen.

Die Sozialdemokratie und die Genfer Entscheidung. Die "Arbeiterzeitung" veröffentlicht eine Kundgebung des sozialdemokratischen Parteivorstandes, in der zur Entscheidung der Frage, ob die Sozialdemokraten die Genfer Vereinbarungen annehmen oder ablehnen sollen, für den 14. Oktober ein Parteitag nach Wien einberufen wird. In der Einleitung heißt es, daß die Genfer Vereinbarungen einerseits eine Bedrohung der 1918 errungenen Freiheit darstellen, andererseits aber die Ablehnung der Konvention die österreichische Volkswirtschaft in höchste Gefahr bringen und einen neuen Sturz des Geldwertes und eine durchbare Leuerungswelle zur Folge haben würde. Daher müsse die gesamte Bevölkerungsmehrheit entscheiden.

Zugung des Sächsischen Philologen-Bereins.

In den Tagen von 2. bis 4. Oktober hielt in Chemnitz der Sächsische Philologenverein, der alle akademisch gebildeten Lehrer der höheren Schulen Sachsen umfaßt, seine Hauptversammlung ab. Eine Vertretertagung und geschlossene Mitgliederversammlung erlebte vornehmlich innere Angelegenheiten des Vereins. In den Sitzungen der Fachgruppen wurden, wie im "Chemn. Tagebl." berichtet wird, wissenschaftliche und pädagogische Fragen behandelt, von denen eine Anzahl der Offenheitlichkeit zugleich zeigen, daß in den Kreisen der höheren Schule reges Leben herrscht und daß man hier durchaus nicht, wie so oft mit mehr Vorbehaltung als Sachkenntnis behauptet wird, nur widerwillig den Anforderungen der Gegenwart und des Bedangs Rechnung trägt. Man sprach über Vortrags- und Diskussionsabenden im deutschen Unterricht, über Spracherziehung und Verwendung der Stimmbildungs methode von Professor Engel. Die Gruppe für neue Sprachen beschäftigte sich mit der Frage, ob Englisch als erste Fremdsprache gelehrt werden soll statt des Französischen und welche Erfahrungen mit dem Unterricht in Italienisch, Spanisch, Italienisch, Holländisch und Griechisch gemacht werden seien. Die Gesichtslehrer stellten in den Mittelpunkt ihrer Ansprache zwei Themen: Was muß der deutsche Schüler von der Entwicklung des russischen Reiches wissen?, eine Frage, die bei der Bedeutung unserer künftigen Beziehungen zu Russland im Zusammenhang mit dem Erlernen des Russischen Bedeutung gewinnt. Genauso das andere: das Heimatprinzip im Geschichtsunterricht. Die Geographen erörterten die Bedeutung der Volksfunde für den Geschichtsunterricht und die Mitwirkung des Unterrichts in der Erdkunde bei der staatsbürgerlichen Erziehung der Jugend.

Aber nicht nur Fragen der Wissenschaft und der intellektuellen Bildung kamen zur Sprache, sondern auch solche der Kindererziehung und körperlichen Ausbildung der Jugend, z. B. die Errichtung von Schülerheimen und Banzerherbergen und die Ausbildung von Spielteleuren. Bernet wurde die für die Förderung der Schüler in Stenographie

Rat

für Frauen
Alle bog. Artikel, Tropf,
Zee, Gummiwaren etc. Bei
Anfragen Rückporto erl.
O. Konietzky,
Görlitz 8, S. Sidonienstr. 24,
part. r., Ecke Elisenstraße.

Epilepsie-

(Fallnacht, Krämpfe)
Leidende, auch solche, die
aller umsoviel angewandt,
viele kostloses bekräftigende
Brochüre Adler-Apotheke
Sommerfeld 205 N.-L.

Versteigerung
von Nachlässen
u. i. w. übernimmt
Märkten, Riesa.